

20.01.2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Schluss mit der Untätigkeit! Das Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen muss das von der Ebola-Epidemie betroffene Westafrika unterstützen

In Westafrika grassiert seit Monaten eine Ebola-Epidemie, die der UNO-Sicherheitsrat als „Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ eingestuft hat. Die Epidemie gilt als schwerster aller Ausbrüche des seit 1976 bekannten Virus.

Das Ebola-Virus gehört zu den gefährlichsten Krankheitserregern der Welt. Wie die Weltgesundheitsorganisation Anfang Januar (8.1.2015) mitteilte, sind bereits mehr als 8.000 Menschen dem Virus zum Opfer gefallen und mindestens 20.747 Menschen mit dem Virus infiziert. Dabei ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der Erkrankungen und Todesfälle erfasst wird. Die Vereinten Nationen befürchten den Zusammenbruch der Gesundheitssysteme der betroffenen Staaten sowie eine Gefährdung erreichter Entwicklungsfortschritte.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen forderte in einer Resolution (Resolution 2177 (2014) vom 18.9.2014) mehr internationale Nothilfe. Benötigt würden etwa Feldlazarette mit medizinischem Personal und Vorräten, Labore, Kliniken sowie Hilfen für Lufttransporte.

Besonders von der Epidemie betroffen sind die Staaten Guinea, Sierra Leone, Nigeria und Liberia. Nordrhein-Westfalens Partnerland Ghana ist von der Epidemie glücklicherweise verschont geblieben. Bei seinem Besuch in Deutschland am 19. Januar 2015 machte der Präsident Ghanas, John Dramani Mahama, gleichwohl deutlich, dass internationale Hilfe benötigt werde, um die Gesundheitssysteme Ghanas und Afrikas zu verbessern. Es müssten Strukturen aufgebaut werden, um

Datum des Originals: 20.01.2015/Ausgegeben: 20.01.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

einer medizinischen Katastrophe wie Ebola bereits im Vorfeld der Ausbreitung entgegenzutreten zu können.

Auf die Frage im Rahmen einer Kleinen Anfrage (Drs. 16/6881), welche Hilfeleistungen die Landesregierung Partnerregionen und -ländern, internationalen Organisationen etc. angesichts der akuten Ebola-Epidemie angeboten hat, lautet die schlichte Antwort (Drs. 16/7127): „Bislang hat die Landesregierung keine Hilfeleistungen angeboten.“

Bei dieser Antwort kann und darf es nicht bleiben – auch wenn der Bereich „Gesundheit“ in der im Dezember 2012 beschlossenen „Eine-Welt-Strategie“ der Landesregierung kein Schwerpunktthema darstellt. Nordrhein-Westfalen als Gesundheitsland Nummer 1 in Deutschland kann mehr tun, um – auch jenseits der Grenzen unseres Partnerlandes – bei der Bekämpfung der Epidemie zu helfen und zu einer Stabilisierung der Gesundheitssysteme beizutragen.

Nordrhein-Westfalen verfügt u.a. mit dem Universitätsklinikum Düsseldorf über eine spezialisierte Klinik für die Behandlung von Ebola-Patientinnen und –Patienten sowie mit dem Kompetenzzentrum Infektionsschutz Nordrhein-Westfalen (KI.NRW) über das notwendige Knowhow, um kurz- und langfristige Expertenwissen an Entwicklungsländer weitergeben zu können. Zudem ist in Nordrhein-Westfalen mit action medeor das größte Medikamentenhilfswerk Europas ansässig. Dies sind die Potenziale, die eine entwicklungspolitisch engagierte Landesregierung für die solidarische Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder und ihrer Anrainerstaaten aktivieren könnte.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung auf,

1. unserem Partnerland Ghana unsere Solidarität zu erklären und die Bereitschaft, bei Bedarf an der Weiterentwicklung des nationalen Gesundheitssystems in geeigneter Weise mitzuwirken;
2. die gesundheitspolitischen Potenziale Nordrhein-Westfalens zur Unterstützung von Hilfseinsätzen in den von Ebola betroffenen Staaten zu nutzen;
3. die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Hilfsorganisationen hierbei einzubinden und zu unterstützen;
4. die nordrhein-westfälischen Ressourcen für eine langfristig angelegte Unterstützung zum Wiederaufbau und zur Ertüchtigung der Gesundheitssysteme der Länder Westafrikas und insbesondere unseres Partnerlands Ghana zu nutzen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Ilka von Boeselager

und Fraktion